

Dr. Irmtraud Kannen • Rügenstr. 9 • 49661 Cloppenburg

Herrn Landrat
Johann Wimberg
Eschstraße
49661 Cloppenburg

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen/Unsere Nachricht vom

Datum

06.03.2021

Antrag gem. § 56 NKomVG – Beteiligungsverfahren zur Endlagersuche für Atommüll

Sehr geehrter Herr Landrat,

gemäß § 56 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes beantragt die Gruppe „GRÜNE/UWG im Kreistag des Landkreises Cloppenburg“ den folgenden Punkt in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt am 15.6.2021, des Kreisausschusses am 1.7.2021 und des Kreistages am 15.7.2021 aufzunehmen:

„Beteiligungsverfahren zur Endlagersuche für Atommüll“

Unter diesem Tagesordnungspunkt stellen wir folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

„Der Punkt „Beteiligungsverfahren zur Endlagersuche für Atommüll“ wird zukünftig obligatorisch in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt aufgenommen. Die Verwaltung berichtet unter diesem Punkt über den aktuellen Sachstand hinsichtlich des Beteiligungsverfahrens zur Endlagersuche für Atommüll.“

Begründung

In diesem Jahr begehen wir den 10. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Fukushima, die den Atomausstieg in Deutschland zur Folge hatte. Ungelöst ist nach wie vor das Problem der Endlagerung des Atomabfalls. In einem Endlagersuchgesetz wird ein wissenschaftliches Verfahren auf den Weg gebracht, das mit einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit zu einer Lösung des

Gruppe GRÜNE | UWG
im Kreistag des Landkreises Cloppenburg

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Irmtraud Kannen

Kreistagsabgeordnete
Gruppensprecherin

Rügenstraße 9
49661 Cloppenburg
Telefon: 04471 4562
E-Mail: irmtraud.kannen@k-clp.de

Ulla Thomée

Kreistagsabgeordnete
Stellv. Gruppensprecherin

Emsteker Str. 82e
49661 Cloppenburg
Telefon: 04471 6077
E-Mail: ursula.thomee@k-clp.de

Fabian Wesselmann

Kreistagsabgeordneter
Stellv. Gruppensprecher

Zur Mühle 7
49688 Lastrup
Telefon: 04472 2980315
Mobil: 0151 17227121
E-Mail: fabian.wesselmann@k-clp.de
Internet: www.fabian-wesselmann.de

Problems führen soll. Wie in halb Deutschland, sind auch Flächen im Landkreis Cloppenburg in einem Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als geeignet für ein Endlager ausgewiesen.

Verantwortlich für die Öffentlichkeitsbeteiligung in dem Verfahren ist das „Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung“ (BASE). Bei der „Fachkonferenz Teilgebiete“, sollen betroffene Regionen dreimal die Möglichkeit zur Beteiligung bekommen. Doch erstens steht den Vertreter*innen hierfür kein Budget für wissenschaftliche Expertise und Verdienstausschlag zur Verfügung. Zweitens ist die BGE weder verpflichtet, die Vorschläge der Fachkonferenz aufzugreifen noch sich für ihre Entscheidungen zu rechtfertigen, wie es sonst bei jedem planrechtlichen Erörterungstermin üblich ist. Auf Grund von Corona muss mehr Zeit für diese bereits knappe Phase eingeräumt werden. Denn Online-Veranstaltungen bieten nicht den notwendigen Raum zum Austausch und Diskurs. Daher halten wir es für sinnvoll, dass die kommunalen Gremien regelmäßig in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Der Planungs- und Umweltausschuss könnte die Verwaltung mit der Prüfung beauftragen, ob ein externes Ingenieurbüro für die Begleitung des Verfahrens aus Sicht des Landkreises Cloppenburg hinzugezogen werden muss.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Irmtraud Kannen


Ulla Thomée


Fabian Wesselmann